

Gemeinsam gegen Corona – solidarisch durch die Krise

Positionen und Initiativen der BayernSPD-Landtagsfraktion

Stand: 15. April 2020

Die Corona-Krise stellt uns alle vor immense Herausforderungen. Für unser Land ist die derzeitige Situation nahezu beispiellos. Das macht es so schwierig, zu jedem Zeitpunkt immer exakt die richtigen Maßnahmen zu treffen. Umso mehr kommt es daher auf eine solidarische und verantwortungsvolle Politik an, die sich und ihr Handeln jeden Tag aufs Neue überprüft. Diesem Anspruch wollen wir als SPD-Landtagsfraktion gerecht werden – in enger Abstimmung mit unseren Kolleginnen und Kollegen aus Bund, Ländern, Europa und Kommunen.

I. Gemeinsam gegen Corona – das heißt für uns:

- **Kümmern und helfen:** Viele Menschen geraten durch die Corona-Krise von einem Tag auf den anderen in existenzielle oder lebensbedrohliche Nöte und sind auf zügige Hilfe angewiesen. Hier gilt es schnell und unbürokratisch zu handeln. Auf uns kommen aktuell zahlreiche Bürgerinnen und Bürger zu und bitten uns um Unterstützung, gerade was ihre aktuelle Arbeitssituation betrifft. Diese Anliegen greifen wir auf und bringen sie in den politischen Prozess ein.
- **Die Gesellschaft zusammenführen:** Die Corona-Pandemie macht uns mehr denn je bewusst, welche enorme Zielkonflikte politische Entscheidungen mit sich bringen können, zum Beispiel zwischen Gesundheit, Freiheit sowie Wirtschaft und Arbeit. Diese Konflikte wollen wir ehrlich benennen und Maßnahmen immer wieder neu überdenken, damit sie verhältnismäßig bleiben – gerade was die Wahrung freiheitlicher Grundrechte angeht. Und: Wir wollen den Menschen Perspektiven aufzeigen, aber nicht fahrlässig falsche Hoffnungen wecken. Denn eines steht fest: Wir werden diese Situation nur dann erfolgreich meistern, wenn wir hartnäckig, konsequent und geduldig bleiben.
- **Demokratische Beteiligung sicherstellen:** Die aktuell zu klärenden Fragen berühren die gesamte Gesellschaft. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass auch und gerade in einer solchen Ausnahmesituation demokratische Mitspracherechte gewahrt werden. Nicht nur der Deutsche Ethikrat betont zu Recht: „Gerade schmerzhaft Entscheidungen müssen von den Organen getroffen werden, die hierfür durch das Volk mandatiert sind. Die Corona-Krise ist die Stunde der demokratisch legitimierten Politik.“

- **Niemanden hängenlassen:** Diese Krise darf nicht dazu führen, dass soziale Spaltungen zunehmen. Deshalb sind die Hilfgelder und Hilfsmaßnahmen so auszurichten, dass sie auch tatsächlich denen zu Gute kommen, die sie am dringendsten benötigen. So zum Beispiel all den Menschen, die von Lohneinbußen und Einnahmeausfällen betroffen sind, aber auch denjenigen, die in der Krise einer hohen zusätzlichen Arbeitsbelastung ausgesetzt sind. Denen, die derzeit selbst Hilfe geben und in dieser Ausnahmesituation wirklich Außergewöhnliches leisten. Denjenigen, die ohnehin oft schon schwer über die Runden kommen. All den Kleinbetrieben, Familien, sozialen Einrichtungen und Kulturschaffenden. Wichtig ist dabei für uns: Soforthilfen sind gut und notwendig, ersetzen aber nicht die mittel- und langfristige Unterstützung.

II. Unsere Initiativen in der Corona-Krise:

Kümmern und helfen, die Gesellschaft zusammenführen, demokratische Beteiligung sicherstellen und niemanden hängenlassen – nach diesen Maßgaben richten wir unser politisches Handeln aus. Das sind unsere zentralen Initiativen und Forderungen:

a) Gesundheitsschutz der Bevölkerung stärken

Als SPD-Landtagsfraktion haben wir bereits frühzeitig den **Ausbau der Testkapazitäten** (u.a. durch Einrichtung regionaler Testzentren) gefordert, zudem die bevorzugte Testung systemrelevanter Berufsgruppen, die ausreichende Ausstattung mit Schutzmaterialien in den entsprechenden Einrichtungen, spezielle Hilfspläne für Ältere und Alleinstehende sowie Pflegebedürftige und Menschen mit Behinderung. Denn der Gesundheitsschutz gerade unserer besonders gefährdeten Mitbürgerinnen und Mitbürger hat für uns oberste Priorität! Dabei geht es uns neben der körperlichen auch um die **psychische Gesundheit**, weshalb wir bspw. entsprechende Beratungs- und Hilfsangebote (Hotlines, Nachbarschaftshilfen etc.) stärken wollen.

Gerade nach dem Aufnahmestopp für Altenheime und stationäre Einrichtungen für Menschen mit Behinderung müssen in allen Regionen Bayerns **menschenwürdige Lösungen** für diese Personengruppen sichergestellt werden. Wir schlagen vor, die Koordinierung von Pflege und Betreuung auf Ebene der Regierungsbezirke zu organisieren. Die von der Staatsregierung vorgenommenen Maßnahmen sind kritisch zu überprüfen. Auch **pflegende Angehörige** müssen bestmöglich unterstützt werden. Zudem sind Möglichkeiten zum **würdevollen Abschiednehmen** von sterbenden Angehörigen in Krankenhäusern oder Alten- und Pflegeeinrichtungen sicherzustellen.

Bei den Beratungen für ein **Bayerisches Infektionsschutzgesetz**, das am 25. März 2020 vom Landtag verabschiedet wurde, konnten wir entscheidende Verbesserungen gegenüber dem ursprünglichen Gesetzentwurf der Staatsregierung erzielen. So ist das Gesetz nun zeitlich begrenzt und der Gesundheitsnotstand könnte jederzeit vom Landtag aufgehoben werden. Auch die

Eingriffsrechte des Staates sind nun deutlich strenger geregelt. Kurzum: Gesundheitsschutz, demokratische Beteiligung und die Wahrung von Freiheitsrechten stehen jetzt in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander.

b) Existenzen sichern, Arbeitsplätze erhalten

Wir unterstützen den bayerischen Schutzschirm und die darin enthaltenen Corona-Soforthilfen für die Wirtschaft konstruktiv-kritisch, drängen aber darauf, dass all diese Maßnahmen sozial ausgewogen gestaltet werden. In diesem Sinne fordern wir unbürokratische und bedarfsdeckende Hilfen auch für soziale Einrichtungen – also ein staatliches Sonderprogramm „Soziales“ – sowie u.a. auch für Selbstständige und Kulturschaffende (siehe unten).

Die Antragsvoraussetzungen für die bayerischen Soforthilfen waren anfänglich kaum praktikabel, vor allem hinsichtlich des Vorliegens und der Begründung eines „Liquiditätsengpasses“. Auf Bundesebene konnte die SPD hingegen erwirken, dass es zu einer praxistauglichen Regelung kommt. Dies ist inzwischen auch in Bayern gewährleistet. Zudem wurde die bayerische Erhöhung der Soforthilfen komplett durch Bundesmittel finanziert.

Bereits zu Beginn der Krise haben wir außerdem ein umfassendes Konzept für ein Investitions- und Konjunkturpaket vorgelegt, um die bayerische Wirtschaft und insbesondere den Mittelstand zu fördern. Wir wollen dabei Investitionen und Maßnahmen des Freistaats und der Kommunen vorziehen und ausweiten, den privaten Konsum stärken und Arbeitsplätze stabilisieren. Hierfür hatten wir zunächst zwei Milliarden Euro eingeplant. Die Staatsregierung war zu diesem Zeitpunkt übrigens noch der Ansicht, eine Erhöhung der Bürgschaften für Unternehmen um 100 Millionen Euro würde genügen.

In der gegenwärtigen akuten Krise ist es wichtig, direkte finanzielle Hilfen und Investitions- und Konjunkturpakete schnell auf den Weg zu bringen. In den kommenden Jahren gilt es dann verstärkt darauf zu achten, dass die Mittel von den Empfänger*innen zielgerichtet und der Intention der Programme folgend eingesetzt werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass Beschäftigungsprojekte und Ausbildungsplätze während und nach der Krise gesichert werden.

c) Bayerns Kommunen nicht im Stich lassen

Bayerns Städte, Landkreise und Gemeinden stellen zahlreiche Angebote des täglichen Lebens sicher – von den Kitas über die sozialen Hilfen bis hin zu Museen und Schwimmbädern. Um all das aufrechterhalten zu können, brauchen sie die Unterstützung des Freistaats. Als SPD-Fraktion fordern wir deshalb einen Corona-Schutzschirm für Kommunen mit einem Volumen von zunächst 1,3 Milliarden Euro (100 Euro pro Einwohner*in). Finanzschwache bzw. von den Folgen der Corona-Krise besonders betroffene Kommunen sollen weitergehende Unterstützung erhalten.

*d) Eltern, Kinder, Jugendliche und Senior*innen entlasten und unterstützen*

Für viele Familien bringt die Corona-Krise enorme Belastungen im Alltag mit sich. Wir machen uns dafür stark, dass der Staat sie in dieser Ausnahmesituation nicht allein lässt und fordern unter anderem, sie bei den Kita-Gebühren zu entlasten sowie die Leistungen der Schülerinnen und Schüler, die derzeit wegen der Corona-Krise daheim erbracht werden, nicht in die Zeugnisse einfließen zu lassen. Auch braucht es für das sogenannte „Homeschooling“ verbindliche pädagogische, technische und organisatorische Leitlinien. Gerade sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche sind auf Unterstützungsangebote angewiesen, um gut lernen zu können. Um dem Kinderschutz gerecht zu werden und soziale Schieflagen soweit wie möglich zu vermeiden, sollten die Gruppen der **Notbetreuung** in Kitas und Schulen ausgebaut und für Kinder aus Familien geöffnet werden, die mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen haben.

Und auch darüber hinaus dürfen wir Kinder und Jugendliche aus schwierigen Familienverhältnissen in dieser Krise nicht aus dem Blick verlieren: Deshalb setzen wir uns für eine bessere Ausstattung der Mitarbeiter*innen von Jugendämtern und die Sicherstellung von Familienberatungsangeboten ein. Zudem fordern wir, Frauenhäuser auf zusätzliche Hilfesuchende vorbereiten und alternative Unterbringungsmöglichkeiten für **Betroffene häuslicher Gewalt** zu prüfen.

Was die Jugendverbände und Träger der Jugendarbeit anbelangt, so machen wir uns für eine schnelle und unbürokratische Unterstützung stark, damit diese ihre wichtige Arbeit auch in Zeiten der Corona-Pandemie und darüber hinaus fortsetzen können.

Wir setzen uns zudem für eine ausreichende Unterstützung von **alleinstehenden und älteren Menschen** ein (siehe auch Punkt a). Ganz wichtig ist uns hier, Einsamkeit mit passgenauen Angeboten für Seniorinnen und Senioren vorzubeugen.

e) Studierenden und Hochschulen helfen

Wir haben uns dafür stark gemacht, das diesjährige Sommersemester als **Null- bzw. Fairness-Semester** durchzuführen, also nicht auf Regelstudienzeit und Maximalstudiendauer anzurechnen, BAföG-Zahlungen jedoch aufrechtzuerhalten.

Die Krise zeigt uns zudem: Hochschulen brauchen – wie auch die Schulen – bessere Konzepte und mehr **Mittel für den digitalen Wandel**. Entsprechende Anträge werden wir in den Landtag einbringen.

Nachdem die Staatsregierung angekündigt hat, den zweiten Abschnitt der **ärztlichen Prüfung an Bayerns Universitäten** in das Jahr 2021 zu verschieben, ist der Streit hierüber inzwischen voll entbrannt: Wir unterstützen die Forderung vieler Studierender, diese Prüfungen entgegen der Planung der Staatsregierung doch im Jahr 2020 abzuhalten – wie in den meisten anderen Bundesländern auch. Sollte die Staatsregierung bei ihrer Entscheidung bleiben, müssen unverzüglich klare

Regelungen zur Durchführung des „Hammerexamens“ im Jahr 2021 sowie zu den Stellen für ein Praktisches Jahr in anderen Bundesländern getroffen werden.

f) Solidarität mit Bayerns Kulturschaffenden zeigen

Die Bereiche der Kunst, Kultur und Medien, die auf Publikum und öffentliche Veranstaltungen besonders angewiesen sind, sind überproportional von den aktuellen Absagen und der notwendigen „sozialen Distanzierung“ betroffen. Deshalb haben wir sie bei unseren Initiativen besonders im Blick: Wir wollen die Soforthilfen auch für Kulturschaffende und Künstler*innen öffnen und setzen uns für einen Rettungsschirm ein, der Einnahmeeinbrüche wegen Corona abfedern soll.

Auch Gastkünstler*innen und Lehrbeauftragte dürfen nicht im Stich gelassen werden! Und: Nach unserer Überzeugung sollte die bayerische Staatsverwaltung jetzt einen erkennbaren eigenen Beitrag zur Förderung von Künstlerinnen und Künstlern in diesen schwierigen Zeiten leisten. Hier denken wir insbesondere an die Programme Kunst am Bau bzw. Kunst bei der Ausstattung öffentlicher Gebäude. Diese wurden in der Vergangenheit nicht ausreichend ernst genommen.

g) Leistungen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst würdigen

Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Bayern leisten insbesondere in der aktuellen Krisenzeit Außerordentliches. In vielen Bereichen sind die Beamt*innen und Tarifbeschäftigten derzeit besonders gefordert: Das betrifft zum Beispiel die Polizei, die die Ausgangsbeschränkungen überwacht und durchsetzt, die Gesundheitsämter, die täglich neue Informationen liefern, die Regierungen, die die Soforthilfe realisieren, oder die Lehrkräfte, die trotz geschlossener Schulen die Unterrichtsversorgung aufrechterhalten. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Leistungen der Angehörigen des öffentlichen Dienstes in Bayern in angemessener Weise gewürdigt werden.

h) Einen gerechten und solidarischen Staatshaushalt auf den Weg bringen

Wir bleiben dran: In den anstehenden Beratungen zum Zweiten Nachtragshaushalt 2020 werden wir uns als SPD-Fraktion weiterhin dafür einsetzen, dass die Mittel gerecht und solidarisch eingesetzt werden – so wie in den vorangegangenen Punkten beschrieben.

i) Verantwortungsvolle Schritte aus dem „Lockdown“ gehen

Wie geht es in den kommenden Wochen und Monaten weiter? Diese Diskussion wird derzeit intensiv geführt. Gerade angesichts der eingangs beschriebenen Zielkonflikte – insbesondere zwischen Gesundheit, Freiheit, Wirtschaft und Arbeit – kommt es ganz entscheidend darauf an, mögliche Lockerungen in den unterschiedlichen Bereichen verantwortungsvoll und behutsam anzugehen. Wir wollen Perspektiven aufzeigen, aber keine falschen Hoffnungen wecken. Lockerungen in einzelnen Bereichen müssen mit der Sicherstellung hygienischer Standards und einer ausreichenden Gesundheitsversorgung sowie möglichst

zuverlässigen Modellen und Instrumenten zur Prognose der epidemiologischen Entwicklung einhergehen.

Der Gesundheit unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger, gerade der gefährdeten, widmen wir bei unseren politischen Lösungsansätzen die allergrößte Aufmerksamkeit. Dabei ist Gesundheit allerdings breit zu denken (siehe Punkt a): Sie hat nicht nur eine körperliche, sondern ebenso eine psychische bzw. sozialpsychologische Dimension. Vereinsamung, Stress und psychische Krisensituationen nehmen zu, je länger die Einschränkungen des öffentlichen, ökonomischen und sozialen Lebens andauern. Gleiches gilt für soziale Schieflagen. Wie wir dem gegensteuern wollen, wurde in den vorangegangenen Punkten bereits verschiedentlich beschrieben (siehe hierzu insbesondere Punkte b und d). Hieran arbeiten wir intensiv weiter.

III. Bund und Land – Hand in Hand:

Bundes- und Landesebene zeigen in dieser schwierigen Zeit, dass unsere Demokratie handlungsfähig ist. So hat auch die Bundesregierung in den vergangenen Wochen bereits etliche Maßnahmen auf den Weg gebracht, die die Bayerinnen und Bayern bei der Bewältigung der Krise unterstützen sollen.

Die wichtigsten Punkte:

- **Schutzschirm zur Sicherung von Arbeitsplätzen, u.a. durch erleichtertes Kurzarbeitergeld und verbesserte Zuverdienstmöglichkeiten**
- **Hilfen für Eltern und Familien, u.a. in Form von Entschädigungszahlungen bei Verdienstaufschlägen und vereinfachtem Zugang zum Kinderzuschlag**
- **Stabilisierung von Unternehmen mit einem umfassenden Hilfsfonds**
- **Soforthilfen für Soloselbstständige, Kleinstunternehmen und Landwirte**
- **Schutz vor Insolvenzen, u.a. durch Aussetzung der Insolvenzantragspflicht bis zum 30. September 2020**
- **Schutz von Mieterinnen und Mietern, das heißt insbesondere: Wegen Mietschulden aus dem Zeitraum vom 1. April 2020 bis 30. Juni 2020 dürfen Vermieter*innen das Mietverhältnis nicht kündigen, sofern die Mietschulden auf den Auswirkungen der Corona-Pandemie beruhen.**
- **Vereinfachter Zugang zur Grundsicherung**
- **Stärkung von Krankenhäusern, u.a. durch einen Schutzschirm für Krankenhäuser, Pflege sowie Ärztinnen und Ärzte**

Die SPD-Bundestagsfraktion hat darüber hinaus eine Task Force zu den sozialen Folgen der Corona-Pandemie eingerichtet, um fortlaufend die aktuelle soziale Lage zu analysieren, Probleme zu identifizieren und schnelle und pragmatische

Lösungen zu erarbeiten. Bundestagsfraktion und Landtagsfraktion stehen hierzu in engem Austausch – miteinander, aber auch mit Kommunen, Sozialpartnern und anderen gesellschaftlichen Akteuren.

Nähere Informationen:

Die Corona-Krise betrifft nahezu sämtliche Lebens- und Gesellschaftsbereiche. Deshalb sind die obigen kompakten Ausführungen zwangsläufig unvollständig.

Nähere aktuelle Informationen zu den Initiativen der BayernSPD-Landtagsfraktion, aber auch zu Ansprechpartnern und vielem mehr finden sich auf unserer Themenseite www.bayernspd-landtag.de/corona.

Die SPD-Bundestagsfraktion informiert zudem auf www.spdfraktion.de/Corona-Pandemie über ihre aktuellen Projekte.